

Ausschuss für Inneres und Sport

(106. - öffentliche - Sitzung am 17. November 2016)

Beratungsthemen:

1. Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung

hier: Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion auf Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zum Fall einer voll verschleierte Schülerin an einer Oberschule in Belm

Der Ausschuss bat die Landesregierung zunächst um schriftliche Mitteilung, ob zu der voll verschleierte Schülerin und/oder ihrer Familie polizeiliche Erkenntnisse vorliegen. Für den Fall, dass derartige Informationen vorliegen, wird die Landesregierung gebeten, den Ausschuss im Sinne des Antrags der CDU-Fraktion mündlich zu unterrichten.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6878](#)

Nachdem der Ausschuss gemäß § 25 Abs. 1 GO LT übereingekommen war, den Gesetzentwurf bereits in dieser Sitzung zu beraten, stellte die Landesregierung die Grundzüge des Gesetzentwurfs vor. Der Ausschuss kam überein, die Anhörung unter TOP 3 auf diesen Gesetzentwurf zu erweitern und ihn zukünftig gemeinsam mit dem Gesetzentwurf unter TOP 3 a) und dem Antrag unter TOP 3 b) zu beraten. In Anbetracht der Kürze der Zeit zur Vorbereitung einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf in [Drs. 17/6878](#) wird den Anzuhörenden und den Einsendern schriftlicher Stellungnahmen zum Gesetzentwurf unter TOP 3 a) die Möglichkeit eingeräumt, ergänzende schriftliche Stellungnahmen vorzulegen.

3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6232](#)

b) Einsatz von Body-Cams sofort ermöglichen - Polizisten schützen, Beweise sichern, Strafverfolgung sicherstellen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5276](#)

Der Ausschuss führte eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
- Dr. habil. Nils Zurawski, Universität Hamburg, Institut für kriminologische Sozialforschung
- Niedersächsischer Anwalt- und Notarverband
- Taser International Europe SE
- Bund Deutscher Kriminalbeamter
- Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
- Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen

In diesem Zuge nahmen die Anzuhörenden auch Stellung zum Gesetzentwurf unter TOP 2.